

Beschäftigte bleiben auf Forderungen sitzen

Unnaer Rettungsdienstes Reinoldus: Offene Löhne, fehlende Rentenbeiträge, Ermittlungen - der Exchef gründet derweil neue Firma

Von Jessica Reisner

Anfang Juni 2026 fand die erste Gläubigerversammlung im Insolvenzverfahren des Unnaer Rettungsdienstes Reinoldus statt. Ehemalige Angestellte berichten, dass der Insolvenzverwalter sie darüber informierte, dass ihre Forderungen möglicherweise nur teilweise oder gar nicht bedient werden können. Immerhin erreichten Exangestellte Schreiben des Amtsgerichts Dortmund, aus denen hervorgeht, dass offene Lohnforderungen im Verfahren mit Rang null geführt werden. Das heißt, dass ihre Forderungen vorrangig erfüllt würden – sofern der Insolvenzverwalter sie nicht bestreitet und die vorhandene Insolvenzmasse überhaupt Zahlungen ermöglicht.

[Allerdings war schon kurz nach Eröffnung des regulären Insolvenzverfahrens am 1. April 2026 klar](#), dass es ein Masseunzulänglichkeitsproblem gibt. Vereinfacht ausgedrückt: Die Insolvenzmasse reicht, um die Gerichtskosten und die Vergütung des Insolvenzverwalters zu decken, andere Verbindlichkeiten bleiben jedoch offen. Und die gibt es reichlich: 90 Gläubiger, unter ihnen frühere Beschäftigte, Kreditgeber und Dienstleister, sollen Gesamtforderungen in Höhe von rund sechs Millionen Euro aus der Insolvenzmasse geltend machen.

Für einige der rund 100 Exbeschäftigten besonders bitter: Entsprechend Tarifvertrag gab es eine freiwillige Zusatzversicherung zur Altersvorsorge bei einem großen Versicherungsunternehmen. Angestellte konnten hier per freiwilligem Lohnverzicht vorsorgen. Das Unternehmen Reinoldus hätte ebenfalls einen Teilbeitrag zur Versicherung leisten müssen. Diese Arbeitgeberanteile scheinen – so berichten ehemalige Angestellte – jedoch nicht oder nicht in vereinbarter Höhe gezahlt worden zu sein. Denn sie erhielten Mahnschreiben der Versicherung (Schreiben liegt der Redaktion vor), in denen ihr Versicherungsschutz wegen offener Beitragsforderungen gefährdet sei. Angestellte werden darin aufgefordert, teils erhebliche Nachzahlungen zu leisten, um den Versicherungsschutz aufrechtzuerhalten. Die zuständige Gewerkschaft Komba wird – so hoffen die ehemaligen Reinoldianer – zur Klärung beitragen. Die Fachgewerkschaft aus dem Deutschen Beamtenbund wollte sich am Montag gegenüber jW nicht zum Engagement in der Frage der freiwilligen Altersvorsorge und möglicher offener Forderungen äußern – aus Datenschutzgründen.

Der Fall des insolventen Rettungsdienstes Reinoldus geistert seit mittlerweile rund anderthalb Jahren durch die Presse. [War zunächst noch eine Liste, die Angestellte über Todesfälle im Dienst geführt hatten](#), zum Skandal aufgebläht worden, stellte sich später heraus, dass Geschäftsführer Peter Schroeter den Vorfall zum Anlass genommen hatte, Betriebsratsmitglieder unter Druck zu setzen. Zwei Belegschaftsvertreter verließen das Unternehmen daraufhin per Abfindung. Zwei weitere traten von ihrem Amt zurück. Den neuen Betriebsratsvorsitzenden versuchte die Geschäftsleitung dann mit Hilfe der berühmten Kanzlei Schreiner + Partner zu kündigen – selbst dann noch, als längst bekannt war, dass das Unternehmen Insolvenz angemeldet hatte.

Der Rückblick ist ernüchternd: Schon im Januar 2025 hatten Angestellte einen Wirtschaftsausschuss gegründet, nachdem eine Mail in Umlauf geraten war, die auf erhebliche Liquiditätsprobleme hindeutete. Seit dem Frühjahr 2025 hatten Angestellte und Insider in anonymen Schreiben und Meldungen immer wieder auf verschiedene Missstände und eine mögliche Insolvenzverschleppung aufmerksam gemacht. Unter den damals angeschriebenen Behörden waren die Staatsanwaltschaft Dortmund, das Amtsgericht Dortmund, die Bezirksregierung Arnsberg, der Kreis Unna, die Arbeitsagentur Düsseldorf sowie das Landesamt zur Bekämpfung von Steuerdelikten.

Die Staatsanwaltschaft Dortmund bestätigte im Januar 2026, wegen des Verdachts auf Insolvenzstraftaten und möglicher weiterer Straftaten zu ermitteln. Diese Ermittlungen laufen auch aktuell weiter, wie die Staatsanwaltschaft am Montag auf jW-Anfrage bestätigte.

Für kritische Exangestellte bleibt die Frage, ob frühere Behördeneingriffe hätten verhindern können, dass am Ende des Verfahrens Forderungen in Millionenhöhe womöglich offen bleiben. Den ehemaligen Geschäftsführer Peter Schroeter scheint all das nicht zu kümmern. Wer heute die frühere Reinoldus-Website aufruft, landet automatisch auf der Seite seines neuen Unternehmens, der KPRD Kommunalpartnerschaft Rettungsdienst & Katastrophenschutz gGmbH.

[*https://www.jungewelt.de/artikel/526025.arbeitswelt-beschaeftigte-bleiben-auf-forderungen-sitzen.html*](https://www.jungewelt.de/artikel/526025.arbeitswelt-beschaeftigte-bleiben-auf-forderungen-sitzen.html)